

Rat	30.01.2020
-----	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	111/2020-BM
Stand	29.01.2020

Betreff 20-jähriges Bestehen der Verbundschule zum 1.2.2020

Sachverhalt

Am 26.10.1999 hatte der Rat der Stadt Bornheim beschlossen, am Schulstandort Uedorf zum 01.02.2000 eine Verbundschule mit den Förderschwerpunkten Lernbehinderung und Sprachbehinderung unter finanzieller Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises zu errichten.

Die Vorgeschichte: Zum Schuljahr 1993/94 wurde die Martin-Schule Uedorf (Schule für Lernbehinderte) auf Anordnung der Schulaufsicht wegen den fehlenden erforderlichen Schülerzahlen in der Form aufgelöst, dass keine Eingangsklassen mehr gebildet werden durften. Diese Entscheidung wurde gegen den Willen und das einstimmige Votum der Stadt Bornheim als Schulträger getroffen. Im Schuljahr 1999/2000 besuchen noch insgesamt 7 Schüler/-innen die auslaufende Martin-Schule Uedorf.

Die Gespräche mit der Schulaufsicht und der Bezirksregierung hatten dann zu dem Ergebnis geführt, ab dem 01.02.2000 eine Sonderschule im personellen und organisatorischen Verbund mit den Förderschwerpunkten Lernbehinderung und Sprachbehinderung am Schulstandort Uedorf zu errichten. In einer Verbundschule konnten verschiedene Sonderschultypen als „Schule unter einem Dach“ organisatorisch zusammengefasst und als eine Schule geführt werden.

Schulaufsicht und Schulträger sahen seinerzeit in der Errichtung einer Verbundschule einen wichtigen Beitrag, um die wohnortnahe Beschulung für die Schülerinnen und Schüler im sonderpädagogischen Bereich im Stadtgebiet Bornheim sicherzustellen. Der ortsnahe Schulstandort gewährleistete eine Einbindung in das heimatliche Um- und Bedingungsfeld und schafft somit eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsperspektiven der Schüler.

In Absprache mit der Schulaufsicht wurde die neu zu errichtende Schule sukzessive aufgebaut und zum 01.02.2000 mit 28 Schüler/-innen aufgenommen. Im Endzustand wurden insgesamt 120 Schüler/-innen für die Verbundschule in Uedorf prognostiziert. Mit Verfügung vom 27.01.2000 hatte die Bezirksregierung Köln den Beschluss des Rates vom 26.10.1999 zur Errichtung einer Sonderschule im organisatorischen und personellen Verbund (Verbundschule) zum 01.02.2000 genehmigt. Aktuell (30.01.2020) besuchen 166 Schülerinnen und Schüler die Verbundschule in beiden Förderschwerpunkten.

Grundlage waren neben den gemeinsamen Aktivitäten aller kommunalpolitisch Verantwortlichen der unermüdete Einsatz der ersten Schulleiterin der Verbundschule, Frau Rothkegel, und das innovative Schulprogramm, das keine Trennung der Förderschwerpunkte Sprache und Lernen vorsah, sondern die individuelle Förderung in einer Klasse ermöglichte.

Das Schulprogramm war so attraktiv, dass Eltern aus anderen linksrheinischen Städten, aus anderen Kreisen und der Stadt Bonn ihre Kinder an der Schule anmeldeten bzw. anmelden wollten.

Ein Meilenstein in der Schulentwicklung, aber auch für das dörfliche Leben in Uedorf war die Einweihung des neuen, modern-offenen, architektonisch gelungenen Schulgebäudes im Jahre 2004. Die Schule war Initiatorin des Uedorfer Martinsumzugs, der seit 2004 Bestandteil des dörflichen Lebens ist. Vorübergehend wurden seinerzeit Räumlichkeiten im Neubau des ebenfalls 2000 gegründeten Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums während der Bauphase genutzt.

Ab dem Jahr 2008 startete die Schule eine erfolgreiche Bewerbungen bei der Stiftung „Zukunft fördern der Regionalagentur Nordrhein-Westfalen“ und der Landesregierung NRW zur Ausstattung der Verbundschule mit einem Berufsorientierungsbüro (BOB) und der Durchführung von jährlichen Berufsorientierungscamps. Die Verbundschule wird ab 2010 bis zum Ende des landesweiten Schulversuchs einziges „Kompetenzzentrum sonderpädagogischer Förderung“ im Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn.

Mit diesem „Kompetenzzentrum sonderpädagogischer Förderung“ wurde erstmals in der Bildungslandschaft Bornheims eine enge, intensive Verzahnung und Zusammenarbeit zwischen der neu gegründeten Förderschule und den Bornheimer Regelschulen ermöglicht. Leider wurde dieses Konzept von der Landesregierung nicht fortgesetzt.

2013/2014 sorgten die Festlegungen der durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW veröffentlichten Neufassung der Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen und der Schule für Kranke (MindestgrößenVO) und rückläufige Schülerzahlen für eine Bestandsgefährdung der Verbundschule. Sodann wurden alle Möglichkeiten zur Rettung des Standortes in Bornheim, dessen Bestand für eine wohnortnahe Beschulung und die Gewährleistung des Rechts der Eltern auf Wahl der Schulform unabdingbar war und ist, in Erwägung gezogen und geprüft. Nach intensiver Abwägung aller Optionen und deren Vor- und Nachteile konnte schließlich am 14.11.2014 zwischen den Städten Bornheim und Königswinter eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Bildung und den Betrieb einer Verbundschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache mit zwei Teilstandorten (Bornheim-Uedorf und Königswinter) abgeschlossen werden.

Nur durch die Zusammenlegung der beiden Standorte ist es gelungen, die in der Mindestgrößen VO erforderliche Schülerzahl von 144 Schülerinnen und Schülern zu erreichen.

Aufgrund der steigenden Schülerzahlen an beiden Standorten und durch Änderung der Mindestgrößen VO auf 112 Schülerinnen und Schülern ist es inzwischen wieder möglich, dass beide Standorte künftig die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen und somit jeder Schulstandort selbständig fortgeführt werden kann. Die Verbundschule wird derzeit von 166 Schülerinnen und Schülern besucht. Der Teilstandort in Königswinter von 123 Schülerinnen und Schülern.

Inzwischen haben beide Räte die notwendigen Entscheidungen getroffen, um beide Standorte eigenständig weiter zu führen.

Ziel der inzwischen 20 jährigen erfolgreichen pädagogischen Arbeit ist die Rücküberweisung von Schülerinnen und Schülern in die Regelschule oder deren Eingliederung in die Berufswelt. Dazu arbeitet die Schule mit vielen außerschulischen Partnern zusammen: ortsansässigen Handwerkern und Geschäften, Jugendamt der Stadt Bornheim, Kriminalpolizei, Jugendgericht Bonn, Jobcenter, Bundeswehr, Schuldnerberatung der Caritas, Drogenberatung der Caritas, pro familia Bonn. Die Verbundschule war Mitinitiatorin der seit 2012 stattfindenden „Bornheimer Berufsmesse“.

In den nächsten Jahren soll die Verbundschule um zwei Klassenräume und eine Mensa sowie Einführung des Ganztags erweitert werden. Die Bornheimer Verbundschule wurde in den zurückliegenden 20 Jahren in ihrer Entwicklung kontinuierlich von der Verwaltung und allen Ratsfraktionen begleitet und unterstützt. Die Stadt Bornheim dankt deshalb allen Beteiligten innerhalb und außerhalb der Verbundschule für die erfolgreiche Arbeit in den letzten 20 Jahren.